

SCHWÄBISCHE GESELLSCHAFT  
SCHRIFTENREIHE 75

Schwäbische Gesellschaft, Schriftenreihe

© by Schwäbische Gesellschaft Stuttgart 2014

Geschäftsstelle: Postfach 10 45 61, 70040 Stuttgart, Tel./Fax: 07 11/9 01 96 70

Gesamtherstellung: Offizin Scheufele, Druck und Medien, Stuttgart

Herausgeber: Dr. Thomas Schnabel

Redaktion: Dr. Irene Pill, [www.irenepill.com](http://www.irenepill.com)

## Vorwort

In unserer schnelllebigen Gesellschaft werden wir mit einer Flut von Informationen überschüttet, die ein Nachdenken über grundsätzliche Fragen kaum mehr ermöglicht. Die Beschäftigung mit Themen, die nichts mit dem beruflichen Umfeld zu tun haben, wird immer schwieriger.

Die Schwäbische Gesellschaft versucht deshalb, mit drei bis fünf Vorträgen im Jahr ganz unterschiedliche Fragen anzusprechen, die im alltäglichen Leben entweder zu kurz kommen oder nur oberflächlich behandelt werden können, aber wichtig für unsere Zukunft sind.

Soweit die Referentinnen und Referenten uns die Manuskripte zur Verfügung stellen, werden wir diese möglichst schnell veröffentlichen und den Mitgliedern zusenden.

Globalisierung ist heute in aller Munde, vom Klimawandel hat vermutlich schon jedes Kind einmal gehört. Unstrittig ist ebenso, dass die meisten Probleme allein im internationalen Maßstab gelöst werden können, nicht nur die militärischen Konflikte in der Ukraine und im Nahen und Mittleren Osten, sondern zum Beispiel auch das Schließen von Steueroasen und Steuerschlupflöchern.

Von der Einsicht in die vorhandenen Probleme bis zum Finden von allgemein akzeptierten Lösungen ist es wie immer ein weiter Weg. Hier setzte der Vortrag von Prof. Radermacher vor der Schwäbischen Gesellschaft an. Wie kann man die unaufhaltsam auf uns zukommenden Probleme so lösen, dass sie in einer Demokratie mehrheitsfähig sind und nicht auf Kosten Anderer erfolgen? Die Mut machenden Wörter sind dabei Nachhaltigkeit und Ökosoziale Marktwirtschaft.

Angesichts des komplexen Themas hat uns Herr Prof. Radermacher eine erweiterte Fassung seines Vortrages zur Verfügung ge-

stellt, den er mit Frau Prof. Herlyn verfasst hat. Darin schildern die beiden Autoren, vor welch großen Herausforderungen wir stehen. Sie verfallen dabei aber nicht in eine Katastrophenstimmung, sondern zeigen die Möglichkeiten und Chancen dieses angestrebten Wandels auf. Und vielleicht am wichtigsten: Er ist zu schaffen.

Dr. Thomas Schnabel  
Präsident der Schwäbischen Gesellschaft

Estelle L.A. Herlyn und Franz Josef Radermacher

## Nachhaltig wirtschaften

Eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft  
als Zukunftsstrategie<sup>1</sup>

Vortrag vor der Schwäbischen Gesellschaft,  
22. September 2014

<b>Abstract</b>	7
<b>Einleitung: Nachhaltigkeit als Ziel</b>	7
<b>Beobachtungen zur Marktwirtschaft</b>	9
Marktwirtschaft: Wettbewerb unter Regeln	9
Wohlstand und Wirtschaftsleistung	11
Wachstum: Veränderung der Wirtschaftsleistung	12
<b>Markt und Nachhaltigkeit in Wechselwirkung</b>	14
Markt und Nachhaltigkeit sind gleichzeitig möglich	14
Gute Absichten sind nicht genug	15
Strikter Umweltschutz in allen Bereichen	15
Innovation als Schlüssel	16
Chancengleichheit ist wichtig, aber nicht genug	16
Balance schafft die reichsten Gesellschaften	17
Politische Rahmenbedingungen und Governance sind zentral	17
Faire Besteuerung aller Wertschöpfungsprozesse	18
Wohlstand und Wachstum – aber nicht um jeden Preis	19
Ein Modell für die Zukunft	20

<b>Constraint-Systeme zur Operationalisierung von Nachhaltigkeit</b>	20
Nachhaltigkeit als Constraint-System	20
Weltweite Deckelung der CO <sub>2</sub> -Emissionen	23
Eine tragfähige Balance der Einkommensverteilung	25
Neuere wissenschaftliche Einsichten zum Thema	26
Balance der Einkommensverteilung in weltweiter Perspektive	28
Weltpolitische Ansätze für mehr Balance	29
Fundamentalidentität	32
Grünes BIP – grüne Wirtschaftsleistung – grünes Wachstum	34
Grünes und inklusives Wachstum für weltweiten Wohlstand ist noch möglich	35
Auf dem Weg zur Nachhaltigkeit	36

## **Abstract**

Die Forderung nach einer nachhaltigen und damit zukunftsfähigen Ökonomie wird zunehmend lauter. Ein häufiger vernommener Begriff ist der einer Nachhaltigen Marktwirtschaft. Die etwa 35 Jahre alte Idee einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft stellt einen Ansatz zur Operationalisierung einer nachhaltigen Ökonomie dar. Ein unverzichtbares Element stellt in dieser Konzeption der Markt dar, der unter einem gegebenen Regel- bzw. Restriktionensystem den Wettbewerb mit dem Ziel der Bereitstellungen von Gütern und Dienstleistungen hervorbringt. Vor dem Hintergrund der immer präsenter werdenden Planetengrenzen muss heute jedoch ein zweites Restriktionensystem beachtet werden, das Nachhaltigkeit gewährleistet. Eine Ökosoziale Marktwirtschaft kombiniert diese beiden Restriktionensysteme. Die erzielte Wirtschaftsleistung wird dabei weiterhin über ein BIP-artiges Konstrukt gemessen. Auch in einer Ökosozialen Marktwirtschaft wird das Ziel der »BIP«-Maximierung verfolgt, jedoch unter Berücksichtigung aller betrachteten Restriktionen (z. B. Menge der zulässigen CO<sub>2</sub>-Emissionen und ein tragfähiges Niveau der sozialen Balance). Abgeleitet wird die sogenannte Fundamentalidentität: Marktwirtschaft + Nachhaltigkeit = Weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft. Mit Blick auf die aktuelle Debatte zu einem »besseren« Wohlstands- und Fortschrittsbegriff ist die Empfehlung, mit zwei statt mit nur einer Kennzahl zu arbeiten.

## **Einleitung: Nachhaltigkeit als Ziel**

Eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung kann als nachhaltig bezeichnet werden, wenn sie für alle Menschen – die heutigen und die zukünftigen Generationen – ein erfülltes Leben frei von materieller Not in Frieden miteinander und mit der Natur gewährleisten kann. Die gegenwärtige krisenhafte Weltlage, gekennzeichnet durch existenzbedrohende Naturzerstörung und Ressourcenverschwendung sowie durch Hunger und Armut für Milliarden von

Menschen mit der Folge sozialer und militärischer Konflikte, macht deutlich, dass die bestehende politische Weltordnung wie auch das vorherrschende markt-radikale Wirtschaftssystem dieser Herausforderung nicht gerecht werden. Es stellt sich die Frage, wie wir für die 10 Mrd. Menschen, die 2050 auf dieser Erde leben werden, einen globalen politischen und ökonomischen Ordnungsrahmen schaffen können, der der Menschheit eine Existenz in ökologischer und sozialer Balance ermöglicht.

Nachhaltigkeit ist grundsätzlich möglich. Man denke (hypothetisch) an eine Welt mit vergleichsweise wenigen Menschen in einem Umfeld mit wenig Dynamik und einem naturnahen, einfachen Lebensstil. Die Frage ist, ob auch moderne, vielfältig entfaltete Wohlstandssysteme potenziell mit Nachhaltigkeit vereinbar sind. Ein Armutsregime planwirtschaftlichen Typs, das die Umwelt schützt und alle Menschen auf einem einheitlichen niedrigen Lebensstand hält, z.B. mit Bezugsgutscheinen anstelle von Geld, kann vielleicht langfristig den Schutz der Natur mit weltweit vergleichbaren Lebensbedingungen für alle Menschen sicherstellen. Aber ist das eine Perspektive für die Zukunft? Die mit einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft verfolgten Ziele sind ambitionierter: Eine marktbasierende Wirtschaftsordnung, Nachhaltigkeit, Wachstum (Green and Inclusive Growth), Wohlstand für alle und Zukunftssicherung. Wie ein solches System aussehen kann und wie dies insbesondere mit der Welt der Marktwirtschaft verknüpft ist, zeigt der folgende Beitrag, der insbesondere auch gegen die Vorstellung argumentiert, dass wir uns heute in Richtung einer Post-Wachstums-Ökonomie bewegen müssen. Weltweit ist etwas ganz anderes vonnöten: Wir brauchen großes Wachstum, aber ein Green and Inclusive Growth, was wiederum eine adäquate Global Governance voraussetzt. Nicht überraschenderweise bildeten die Themen »Green Growth« und »Global Governance« den inhaltlichen Kern der Konferenz Rio+20 in Rio in 2012.

## Beobachtungen zur Marktwirtschaft

### *Marktwirtschaft: Wettbewerb unter Regeln*

Die historische Erfahrung zeigt, dass der Markt ein zentrales und in seiner Wirkung unübertroffenes Element zur Hervorbringung von Wohlstand ist. Der Markt ist dabei ein »flexibles« und »anpassungsfähiges« Konstrukt, das im Laufe der Jahrhunderte viele Ausprägungen gefunden hat. Eine Frühform war der Tauschhandel, der häufig unter rigiden Regeln stattfand.<sup>2</sup>

Im Laufe der Geschichte hat sich der Markt von der Tauschwirtschaft hin zu einem durchstrukturierten System höchster Leistungsfähigkeit zur Hervorbringung von Gütern und Dienstleistungen und zur Ermöglichung und Durchsetzung von Innovation entwickelt.<sup>3</sup> Die Bedeutung des Geldes als Tausch- und Zahlungsmittel, Wertaufbewahrungsmittel und Wertmaßstab nahm immer weiter zu. Reine Tauschgeschäfte existieren heute noch in der Form von Bartergeschäften. In der modernen Welt ist das Weltfinanzsystem von zunehmend zentraler Bedeutung. Es hat eine katalytische Wirkung und erweitert die Produktion von Gütern und Dienstleistungen sowie ihren weltweiten Austausch massiv. Durch das heutige Geld- und Finanzsystem werden die Transaktionskosten des wirtschaftlichen Handelns enorm reduziert. Es erlaubt den Werttransfer von heute in die Zukunft, es leistet sogenannte Fristentransformationen zwischen kurz- und langfristiger Finanzierung und erlaubt breite Risikostreuung und -absicherung. Wegen seiner immensen Bedeutung ist die Regulierung des Finanzsystems als Teil einer Marktwirtschaft von großer Wichtigkeit. Es wird durch die Staaten überwacht und wesentlich beeinflusst. Es gibt eine sehr weitgehende supranationale Regulierung dieses Bereichs.

Abhängig von der spezifischen Regulierung sind enorm vielfältige Marktausprägungen möglich. Märkte sind in Form eines Manchester-Kapitalismus, einer sozialen Marktwirtschaft oder eines »Casino-Kapitalismus« möglich, ebenso als Merkantilismus oder als Staatskapitalismus, wie er heute in China besteht. Markt be-

deutet immer Wettbewerb unter Regeln. Hier besteht eine Analogie zum Sport: Der Wettbewerb bringt die Leistung, d.h. die Effizienz, hervor – ein gutes Input-Output-Verhältnis, niedrige Kosten, kurze Zeiten oder große Mengen. Es sind jedoch die Regeln, die den jeweiligen Markt mit seinen spezifischen Merkmalen (und damit die Effektivität) ausmachen und genauso die jeweilige Manifestation einer Sportart.

Die marktschaffenden Regeln bilden ein erstes marktstrukturierendes Restriktionensystem. Sie sind von wesentlicher Bedeutung dafür, dass ein Markt seine Leistung hervorbringen kann. Zu den marktstrukturierenden Regeln zählen insbesondere (in je spezifischer Ausprägung) die sogenannten vier großen Freiheiten

- Freiheit des Eigentums
- Vertragsfreiheit
- Freiheit zur Innovation
- Freiheit zur Kreditaufnahme bzw. zur Kreditgewährung

Das Hervorbringen von Innovationen ist der in langfristiger Perspektive wohl wichtigste Beitrag von Märkten, denn durch sie konnte und kann der Wohlstand in Breite erhöht werden. Staaten fördern mittlerweile in Konkurrenz untereinander die Innovation und die entsprechenden Wissenschaften. Sie geben technische Standards vor, z. B. bzgl. der Abgasnormen bei Automobilen, und beeinflussen so wesentlich die technische Entwicklung und die umweltrelevanten Parameter, z. B. von Automobilen. Sie treten als Einkäufer mit sehr großem Einkaufsvolumen und damit sehr großer Nachfragemacht auf.

Die Durchsetzung von Interessen in Märkten erfolgt nach bestimmten Gesetzmäßigkeiten: Diejenigen, die über die größte ökonomische Stärke und die größten Finanzvolumina verfügen, haben die besten Möglichkeiten, die eigenen Interessen durchzusetzen.<sup>4</sup> Dies ist ein völlig anderes Prinzip als das Prinzip der Demokratie. Hier hat jeder Wähler eine Stimme, unabhängig von seinen ökonomischen Möglichkeiten. Es ist eine Illusion zu glauben, dass Märkte die Demokratie hervorbringen. Genauso können in

einem Marktumfeld autokratische Strukturen oder Plutokratien entstehen. Unter partizipativ-demokratischer Governance tendieren Gesellschaften zu einer sozialen Marktwirtschaft,<sup>5</sup> zu einer gemeinwohlorientierten Ausrichtung von Eigentum und damit zu einer Ordnungspolitik und Governance, die den Interessen der großen Mehrheit der Menschen gerecht wird. Es kommt zu einer Balance zwischen dem an allen Menschen orientierten Prinzip der Demokratie und dem am ökonomischen Erfolg orientierten Prinzip des Marktes. In der Notwendigkeit zum Kompromiss zwischen diesen beiden Polen liegt die Basis für gute Lösungen in Form sozialer Demokratien und sozialer Marktwirtschaften.<sup>6</sup>

### *Wohlstand und Wirtschaftsleistung*

Im Kontext einer Marktwirtschaft kommt den Begriffen Wohlstand und Wirtschaftsleistung sowie ihrer Messung eine wichtige Rolle zu. In einem sehr allgemeinen Sinne ist Wohlstand eine zivilisatorische Leistung.<sup>7</sup> Sie beruht auf Arbeitsteilung und Kooperation und baut jeweils auf den Leistungen vorangegangener Generationen auf (»Wir sind Zwerge auf den Schultern von Riesen«). Wohlstand umfasst mehr als die in Märkten hervorgebrachten Güter und Dienstleistungen. Hinzu kommen insbesondere die außerhalb von Märkten liegenden nicht-monetären Formen von Wohlstand, z. B. Zeit und Muse, eine intakte Umwelt, intakte Familien und die Möglichkeit, Kinder aufzuziehen. Dass sich eine Quantifizierung dieses sehr komplexen Begriffs als schwierig erweist, ist offensichtlich. Mit einer BIP-artigen Messung der Wirtschaftsleistung, wie sie heute üblicherweise geschieht, werden in einem engeren Sinne lediglich die in Markt-organisierten Prozessen hervorgebrachten Güter und Dienstleistungen dazu herangezogen, Aussagen über den Wohlstand einer Gesellschaft zu treffen. Die offizielle Wohlstandsmessung ist bis heute ausschließlich BIP-basiert, wenn auch in zahlreichen nationalen und internationalen Kommissionen Alternativen zur Wohlstandsmessung erarbeitet werden.<sup>8</sup>

Im heutigen Wirtschaftssystem stellt das BIP insofern die zentrale Erfolgskennzahl dar. Sie wird herangezogen, um die erbrachte wirtschaftliche Leistung zu quantifizieren. Die im Kontext der Nachhaltigkeitsdebatte an dieser Kennzahl geübte Kritik rührt u. a. daher, dass ihre fast bedingungslose Maximierung das primär verfolgte Ziel darstellt, ohne dabei ökologische und soziale flankierungen zu berücksichtigen, die aus Nachhaltigkeitsanliegen, den Planetengrenzen und den vielfältigen sonstigen Bedürfnissen der Menschen resultieren. Aus dieser sicher berechtigten Kritik sollte jedoch aufgrund der großen Bedeutung dieser Kennzahl nicht der falsche Schluss gezogen werden, diese einfach aufzugeben. In einer Ökosozialen Marktwirtschaft wird einer BIP-artigen Kennzahl weiterhin eine zentrale Bedeutung beigemessen. Das gesamte Wirtschaften wird jedoch in ein übergeordnetes Restriktionen- und Regulierungssystem eingebettet, das die ökologische und die soziale Seite der Nachhaltigkeit durchsetzt. Das Hervorbringen der Wirtschaftsleistung ist damit im Sinne der mathematischen Optimierungstheorie eine Maximierungsaufgabe unter Nebenbedingungen (Constraints). Der Einhaltung der Constraints kommt dabei die höchste Priorität zu. Sie sind in jedem Fall einzuhalten, selbst wenn im Extremfall eine Verringerung der als BIP gemessenen Wirtschaftsleistung resultieren würde. Das heißt insbesondere, dass zwischen der Messung der Wirtschaftsleistung und der Messung der Kompatibilität zur Nachhaltigkeit unterschieden wird. Beides in eine Kennzahl zu integrieren ist zwar in kanonischer Weise möglich, wirft aber erhebliche methodische Probleme grundsätzlicher Natur auf und bedeutet zugleich einen erheblichen Verlust dringend benötigter Informationen.

#### *Wachstum: Veränderung der Wirtschaftsleistung*

Die Wachstumsdebatte wird zu Beginn des 21. Jahrhunderts sehr emotional geführt. Wollen wir eine Post-Wachstumsökonomie? In der reichen Welt oder weltweit? Worin bestehen die Chancen, worin die Risiken? Oder grundsätzlicher gefragt: Brauchen die Menschen Wachstum? Braucht das ökonomische System Wach-

tum? Ist wirtschaftliches Wachstum der natürliche Feind des Nachhaltigkeitsgedankens? Wie muss eine Post-Wachstums-Gesellschaft aussehen? Brauchen wir selektives Wachstum? Was soll dann wachsen, was schrumpfen?

Bei nüchterner Betrachtung bedeutet Wachstum nach üblicher quantitativer Definition die Veränderung des Umfangs der Wirtschaftsleistung bzgl. des gewählten Messbegriffs über die Jahre. Es geht also um Veränderungen einer die Wirtschaftsleistung quantifizierenden und monetarisierenden Größe, heute in der Regel das BIP oder eine abgeleitete BIP-artige Größe (z. B. Nettosozialprodukt statt Bruttosozialprodukt). Veränderungen von Jahr zu Jahr können gleichermaßen positiv oder negativ sein, im Wechsel sind also positives Wachstum, Konstanz und negatives Wachstum möglich. Alle diese Fälle sind in historischer Betrachtung in Marktwirtschaften aufgetreten.

Aus der Theorie der Märkte folgt nicht – wie oft behauptet wird – dass Wachstum unbedingt erforderlich ist, damit der Markt funktioniert. Es ist jedoch so, dass das »politische Geschäft« bzw. die Kompromissfindung unter Menschen bei unterschiedlichen Zielvorstellungen unter Wachstumsbedingungen wesentlich einfacher möglich ist. Auch ist unter heutiger Ausgestaltung der Märkte eine hohe Beschäftigung bei Wachstum wahrscheinlich eher zu erreichen, obwohl es auch bzgl. dieser Aussage Fragezeichen gibt.

Verteilungsfragen sind in der Regel im Falle eines »wachsenden Kuchens« einfacher zu adressieren, wenn auch die landläufige Behauptung, dass bei Wachstum alle gleichermaßen profitieren, kritisch und differenziert zu betrachten ist und sich letztlich als falsch erweist.<sup>9</sup> In individueller Perspektive kommt dem eigenen Einkommen jeweils eine größere Bedeutung zu als dem BIP bzw. dem volkswirtschaftlichen Gesamteinkommen. Dabei kann rein rechnerisch auch der Fall auftreten, dass bei sinkender Bevölkerungszahl das BIP pro Kopf wächst, obwohl das Gesamt-BIP sinkt. Trotz moderater Wachstumsraten war es in den vergangenen Jahren in Deutschland so, dass nur die Einkommen des reichsten Dezils wahrnehmbar stiegen. Die mittleren Einkommen blieben

weitgehend unverändert, während die niedrigsten Einkommen sogar sanken.<sup>10</sup> In den USA ist diese Entwicklung noch viel dramatischer.<sup>11</sup>

Mit dem Begriff des Wachstums wird also die Veränderung der geeignet quantifizierten Wirtschaftsleistung unter dem zuvor genannten Restriktionensystem vom Typ 1 verstanden. Es besteht zunächst kein unmittelbarer sachlicher Zusammenhang zur Nachhaltigkeit. Die aktuelle Herausforderung besteht darin, die Nachhaltigkeit dennoch in das bestehende System zu integrieren, denn das jetzige System ist trotz aller Debatten und Aktivitäten nicht nachhaltig. Wichtige Parameter, z. B. der weltweite CO<sub>2</sub>-Ausstoß, deuten ganz im Gegenteil auf eine immer weitergehende Verschlechterung des Status quo hin. Nicht besser ist die Lage hinsichtlich der Ressourcen- und Energiefrage, des weltweiten Hungerproblems, der »Plünderung« der Realökonomie und der Staaten über ein unzureichend reguliertes Weltfinanzsystem und der resultierenden Schuldenkrise. An diesen Stellen müssen dringend entscheidende Weichenstellungen erfolgen. Die notwendige Inkorporierung der Nachhaltigkeit in das bestehende Kennzahlensystem sollte jedoch sowohl aus systematischen Gründen als auch aus Gründen des Verständnisses und der Kommunizierbarkeit nicht über eine radikale Veränderung oder gar Abschaffung des bestehenden BIP-Begriffs erfolgen, sondern durch die Einbettung allen Wirtschaftens in ein weiteres System von Restriktionen (Typ 2) geschehen, das die Einhaltung ökologischer und sozialer Parameter (»Leitplanken«) gewährleistet. Dies wird in der Folge begründet.

## **Markt und Nachhaltigkeit in Wechselwirkung**

*Markt und Nachhaltigkeit sind gleichzeitig möglich*

Markt und Nachhaltigkeit sind nicht nur gleichzeitig möglich, sie können sich sogar gegenseitig unterstützen. Der Markt und der daraus resultierende Wettbewerb sind Entdeckungsmechanismen zum Auffinden der jeweils besten Lösung. Sie sorgen dafür, dass

neue, den Rahmenbedingungen entsprechende beste Lösungen realisiert werden. Um das beschriebene Potenzial in weltweiter Perspektive zu erschließen, bedarf es u. a. einer Global Governance, die die Kräfte des Marktes für das Ziel einer ökologisch zukunftsfähigen und sozial ausgewogenen Wirtschaftsweise entfaltet.

### *Gute Absichten sind nicht genug*

Im Rahmen einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft sollen Markt und Nachhaltigkeit zur Sicherung einer marktwirtschaftlichen Ordnung und zur Sicherung von Nachhaltigkeit in weltweiter Perspektive für heutige und zukünftige Generationen realisiert werden, bevor die Not zu einem ökologischen Kollaps oder zu ökodiktatorischen Strukturen bzw. einer neo-feudalen weltweiten Ordnung führt. Dies dient auch der Stabilisierung der Demokratie, ihrer Ausweitung und dem Schutz von Grund- und Menschenrechten. Gute Absichten und Worte in Hochglanzbrochüren sind dabei genauso wenig ausreichend wie eine vermeintlich gute Theorie. Entscheidend ist, wie am Ende des Tages die Realität aussieht: Gerechtigkeit, Menschenrechte, Markt und Wohlstand für alle und Frieden mit der Natur sind die Ziele. Genau das ist trotz aller guten Absichten weltweit bisher nicht gelungen – im Gegenteil.

### *Strikter Umweltschutz in allen Bereichen*

Soll eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft realisiert werden, müssen Umwelt- und Ressourcenschutz weltweit durchgesetzt werden. Das gilt für Boden, Luft und Wasser sowie sämtliche hierauf aufbauenden Ökosysteme inklusive der Vielfalt unserer Tier- und Pflanzenwelt. Im Hinblick auf die Nutzung dieser natürlichen Grundlagen durch den Menschen bedeutet das vor allem einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen wie fossilen Energieträgern oder den für die Landwirtschaft wichtigen Phosphor bis hin zu seltenen Erden. Die Erde ist zu hüten wie ein Schatz. Die Natur hat Eigenrechte über die Nutzenerwägungen des Menschen

hinaus. Die Welt muss der jeweils nächsten Generation mindestens so intakt übergeben werden, wie sie übernommen wurde.

### *Innovation als Schlüssel*

Die Ökosoziale Marktwirtschaft setzt ganz im Sinne von Schumpeter auf Innovation. Wir befinden uns als Menschheit nicht in einem Nullsummenspiel, in dem der Gewinn des einen automatisch dem Verlust eines anderen gleichkommt. Wir verändern die Welt durch Innovation, manchmal für mehr Nachhaltigkeit, manchmal leider auch mit gegenteiligem Effekt (Rebound-Effekt). Eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft setzt auf Innovationen technischer und politischer Art zum Schutz der Umwelt, zur Erzeugung von mehr Wohlstand und für eine höhere soziale Balance, vor allem auch weltweit. Das Potenzial des Marktes, Innovationen hervorzu- bringen, ist eine der Hauptmotivationen für eine konsequente Marktorientierung. Man setzt auf bessere technische Lösungen, aber nicht um jeden Preis und nicht zu unkalkulierbaren Risiken. Gemäß dem »Vorsichtsprinzip« ist eine Politik mit Augenmaß zu praktizieren. Dabei ist immer der Rebound-Effekt im Auge zu be- halten, demzufolge unter ungenügenden Regulierungsbedingun- gen der technische Fortschritt die Umwelt und Ressourcensitua- tion potenziell verschlechtert, anstatt sie zu verbessern: Ohne den gewaltigen technischen Fortschritt der letzten Jahrzehnte wären z. B. die mit desaströsen Folgen verbundenen Tiefenölböhrungen im Golf von Mexiko gar nicht möglich gewesen.

### *Chancengleichheit ist wichtig, aber nicht genug*

Chancengleichheit ist ein wichtiges Prinzip, das in allen gesell- schaftlichen Bereichen eine wichtige Orientierungslinie bilden sollte, auch wenn dieses Ziel unter heutigen Bedingungen wohl nicht voll umfänglich erreichbar ist. Sie muss mit anderen Mecha- nismen kombiniert werden, die gewährleisten, dass diese Chancen nicht nur auf dem Papier existieren, sondern durch jeden Einzelnen unabhängig von seiner Nationalität und sozialen Herkunft ergriffen werden können. Chancengleichheit ist aber im Kontext einer welt-

weiten Ökosozialen Marktwirtschaft alleine nicht ausreichend. Es gehört noch vieles mehr dazu: Mit einer Ökosozialen Marktwirtschaft sollen bei einem hohen Umweltschutz lebenswerte Bedingungen für alle Menschen geschaffen werden. Dazu bedarf es einer balancierten Verteilung des Wohlstands in weltweiter Perspektive, und damit auch der Überwindung der globalen sozioökonomischen »Apartheid«. Chancengleichheit ist ein wichtiges Instrument für das Erreichen einer balancierten Verteilung der Einkommen, aber dafür nicht hinreichend. Sie darf insbesondere nicht dazu benutzt werden, unbalancierte Verteilungssituationen mit vermeintlicher oder tatsächlicher Chancengleichheit zu rechtfertigen. Im Gegenteil, sie muss mit Systemen der Förderung und der sozialen Unterstützung, vor allem im Bildungsbereich, verbunden werden.

#### *Balance schafft die reichsten Gesellschaften*

Eine balancierte Einkommensverteilung schafft die reichsten Gesellschaften, das ist – entgegen der marktfundamentalen Behauptung – empirisch und auch theoretisch evident. Balance bedeutet soziale Differenzierung und Einkommensdifferenzierung mit Augenmaß. Im Kontext einer Ökosozialen Marktwirtschaft sollte konsequenterweise ein balancierter Ausgleich als Staatsziel verankert werden, und zwar in Deutschland als Ergänzung zum sogenannten Magischen Viereck der Wirtschaftspolitik, das im Stabilitätsgesetz von 1967 verankert ist und die Komponenten Preisstabilität, Vollbeschäftigung, Außengleichgewicht und Wachstum umfasst.

#### *Politische Rahmenbedingungen und Governance sind zentral*

Eine Ökosoziale Marktwirtschaft zeichnet sich – im Gegensatz zum Marktfundamentalismus – durch bessere politische Rahmenbedingungen und eine bessere Ordnungspolitik in weltweiter Perspektive aus. Diese umfasst die Ausprägung des Eigentumskonstrukts ebenso wie die Förderung des Mittelstandes, die Besteuerung genauso wie die Förderung der Wissenschaft. Ordnungspolitik ist ein zentrales Thema und muss weltweit gedacht

werden. Eine Weltinnenpolitik, die sich durch Elemente einer weltweiten Demokratie wie Gemeinwohlorientierung auszeichnet, ist das Ziel, wobei die politischen Aufgaben gemäß Subsidiaritätsprinzipien verschiedenen Ebenen (weltweit, kontinental, national, regional, kommunal) geeignet zuzuordnen sind. Eine bessere weltweite Ordnungspolitik umfasst auch eine, wie u. a. von der Global Marshall Plan Initiative seit Jahren geforderte, Integration der großen bestehenden internationalen Regime wie WTO und ILO, aber auch Klimaverträge, Finanzmarktregulierungen, UN-Abkommen sowie Elemente globaler Querfinanzierung in einen kohärenten weltweiten Ordnungsrahmen. Orientierung bezüglich der Werte und Maßstäbe geben die großen Konventionen der Vereinten Nationen, das Weltethos und der interkulturelle Humanismus.

Ein wichtiges Prinzip besteht darin, marktwirtschaftliche Instrumente für die Umsetzung ökologischer und sozialer Ziele zu nutzen. Von Bedeutung ist ein ökologisch orientiertes Steuersystem, das nicht primär den Einsatz von Arbeit, sondern stattdessen den verschwenderischen Umgang mit natürlichen Ressourcen verteuert und somit die wahren Kosten wirtschaftlicher und privater Aktivitäten sichtbar macht.

#### *Faire Besteuerung aller Wertschöpfungsprozesse*

Alle Wertschöpfungsprozesse profitieren von vorhandenen gesellschaftlichen Bedingungen, ohne die sie nicht realisierbar wären. Sie müssen diese deshalb konsequenterweise finanzieren. Dies gilt im Besonderen für diejenigen ökonomischen Akteure, die die höchste Wertschöpfung erreichen, gerade auch im Finanzsystem. Sie müssen in komplementärem Umfang Steuern zahlen. Eine angemessene Besteuerung weltweiter Wertschöpfungsprozesse, die sich bis heute weitgehend der Besteuerung entziehen, stellt auch in der aktuellen Verschuldungssituation der Staaten die beste Option dar, die gravierenden aktuellen Probleme zu überwinden.<sup>12</sup> Aus diesen und aus ordnungspolitischen Gründen sollten die Besteuerung globaler Transaktionen, die Besteuerung der Vergabe von

günstigen Krediten an Kreditnehmer mit bestem Rating (Leverage Money Tax) sowie eine konsequente Einhegung der Steuerparadiese systematisch verfolgt werden.<sup>13</sup> Privilegierte Kreditnehmer bekommen bei Bedarf nötige Kredite fast beliebiger Größenordnung zu sehr niedrigen Zinssätzen und können damit im großen Stil gehebelte Geschäfte betreiben. Für diesen privilegierten Zugriff auf die Mechanismen der Kreditgewährung und Geldneuschöpfung sollen entsprechende Steuern gezahlt werden, auch zur Abdeckung der damit verbundenen gesamtgesellschaftlichen Risiken. Besteuerung darf in Zeiten der Globalisierung nicht länger primär ein Thema innerstaatlicher Wertschöpfungsprozesse sein und damit in erster Linie eine Belastung für den Mittelstand und die Arbeitnehmer darstellen. Der jüngste OECD-Report zum Thema, der eine deutlich höhere Besteuerung von Global Playern wie Amazon und Google anmahnt, weist in die erforderliche Richtung.<sup>14</sup>

#### *Wohlstand und Wachstum – aber nicht um jeden Preis*

Eine Ökosoziale Marktwirtschaft zielt auf nachhaltigen Wohlstand für alle Menschen. Der Blick auf die große weltweite Armut sowie die absehbare Zunahme der Weltbevölkerung bis 2050 um etwa 3 Mrd. Menschen darf allerdings nicht dazu verleiten, dieses Ziel primär durch die Beschleunigung des herkömmlichen Wachstums erreichen zu wollen. Der damit einhergehende Raubbau an der Natur würde lediglich bedeuten, die Armut von heute auf künftige Generationen zu verschieben und zusätzlich strukturell zu verfestigen. Dass fast alle Länder der Erde in der Lage wären, ihre Bevölkerung mit eigenen Ressourcen zu ernähren, zeigt, dass Armut insbesondere ein Verteilungs- und nicht primär ein Mengenproblem und somit primär eine politische und keine rein ökonomische Frage ist. Vor diesem Hintergrund sollte nur dann für Wachstum plädiert werden, wenn es mit Nachhaltigkeit kompatibel ist. Umwelt, Ressourcen und soziale Fragen sind dabei adäquat zu adressieren. Wachstum ist in diesem Sinne eine abgeleitete Größe und nicht das alles andere dominierende Thema. Im Grenz-

fall ist eine Ökonomie ohne Wachstum möglich, selbst Vollbeschäftigung ist ohne Wachstum möglich. Wachstum ja, allerdings »kein Wachstum aus Plünderung«, sondern nur Wachstum aus mehr Intelligenz und Kooperation. Dieser zukünftige Wohlstand wird dann ein fundamental anderer sein als der heutige. Auch die Lebensstile werden durch eine stärkere Suffizienzorientierung anders sein als heute.

### *Ein Modell für die Zukunft*

Unter politischen und ökonomischen Zwängen gilt es, sich im Rahmen einer Doppelstrategie auf das zu konzentrieren, was möglich ist. Vieles, was ökologisch und sozial geboten ist, lässt sich nicht unmittelbar realisieren. Neben dem Streben nach Veränderungen hinsichtlich politischer Inhalte müssen auch politische Strukturen, d. h. Governance-Bedingungen verändert werden, zunächst in Europa, später weltweit. Die aktuellen Veränderungen im Bereich der weltweiten Finanzsysteme, vor allem das zunehmende Aufbrechen von Steuerparadiesen und von »Offshore-Strukturen«, weisen dabei in die richtige Richtung. Die Dynamik der Veränderung entfaltet sich aber nicht nur in der Wechselwirkung von Regierungen, sondern auch in Kooperation mit Unternehmen und der Zivilgesellschaft. Der seit der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre zunehmende Druck muss weiter verstärkt werden, um die Blockade durch jene Kräfte, die vom Raubbau an der Natur und von der ungerechten und auf Dauer nicht akzeptablen Verteilung des Wohlstands profitieren, zu überwinden.

## **Constraint-Systeme zur Operationalisierung von Nachhaltigkeit**

### *Nachhaltigkeit als Constraint-System*

Idealtypisch lässt sich Nachhaltigkeit in Form eines Constraint-Systems beschreiben, das z. B. den Umfang der weltweit akzeptablen CO<sub>2</sub>-Emissionen beschränkt und einen vom Umfeld ab-

hängigen weltweiten Mindestsozialtransfer für alle Bedürftigen (World Minimal Allowance) quantifiziert. Zur Operationalisierung benötigt man also ein Restriktionensystem für die Bereiche Ökonomie, Gesellschaft (sozial) und Ökologie. (Hinweis: Nachhaltigkeitsorientierte Restriktionen- bzw. Indikatorensysteme können disjunkt zu Indikatorensystemen zur Messung der Wirtschaftsleistung sein.) In der wissenschaftlichen Literatur und genauso auch in Publikationen der unternehmerischen und der politischen Praxis findet man zahlreiche Ansätze zur Entwicklung derartiger Restriktionen- bzw. Indikatorensysteme. Exemplarisch genannt seien der ökologische Fußabdruck<sup>15</sup> und das Konzept der Planetengrenzen<sup>16</sup>. In einer von großen Unternehmen gemeinsam erstellten Studie wurde durch Heranziehung des ökologischen Fußabdrucks einerseits und des Human Development Index andererseits die »nicht nachhaltige Entwicklung der Welt« auf Staatenebene dargestellt.<sup>17</sup> Interessant ist in diesem Zusammenhang auch der Better Life Index der OECD, der die soziale Dimension der Nachhaltigkeit thematisiert.<sup>18</sup>

Im Raum stehen dabei immer Fragen der Konsistenz sowie der globalen Extendierbarkeit und Nachprüfbarkeit. In einer nicht nachhaltigen Welt kann es in langfristiger Perspektive kein nachhaltiges Deutschland geben, auch wenn dieses Land in vielen Nachhaltigkeitsfragen als weltweiter Vorreiter angesehen wird. Dies gilt jedoch allenfalls in relativer Betrachtung unter Heranziehung der Wirtschaftsleistung. Würden alle Menschen so leben wie die Menschen in Deutschland, so würden bei heutiger Technologiebasis die Ökosysteme sofort kollabieren. Hinsichtlich der CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Kopf hat Deutschland z.B. viel höhere Werte als Frankreich, was nicht zuletzt Folge des hohen Anteils an Kernenergie im Nachbarland ist.

Es gibt unterschiedliche Formen der Arbeitsteilung in der Durchsetzung von Nachhaltigkeit. Zur Erreichung der gesetzten Restriktionen stehen den unterschiedlichen Akteuren verschiedene Instrumente zur Verfügung. So kann die Politik mit Hilfe ordnungsrechtlicher Instrumente (produkt- oder prozessbezogene

Gesetze), marktwirtschaftlicher Instrumente (z. B. Abgaben, Subventionen, Zertifikate) und flankierender Instrumente wie Sanktionen oder Kooperationen mit Unternehmen ihren Beitrag zur Einhaltung der gesetzten Grenzen leisten. Auf der Unternehmensebene kommt den Selbstverpflichtungen eine wichtige Rolle zu. Orientierungspunkte bieten dabei die Standards des Global Compact, der Global Reporting Initiative oder auch die ISO-Norm 26000. Es gab in der Vergangenheit bereits Fälle, in denen die Politik nachzog und zur Pflicht machte, was zuvor freiwillig war. Auch ethische Prinzipien, wie man sie in allen Religionen findet, oder die Verfolgung der Idee des »ehrbaren Kaufmanns«, möglichst bis zur Ebene des operativen Managements, können positiv wirken. Insbesondere die großen (Marken-)Unternehmen stehen infolge der gesellschaftlichen Beobachtung durch kritische NGOs und Konsumenten unter Druck und in der Pflicht, sich des Themas der Nachhaltigkeit anzunehmen und transparent über ihre Aktivitäten zu berichten (sogenannte Moralisierung der Märkte). Aufgrund der ökonomischen Wirksamkeit des gesellschaftlichen Drucks bewegen sie sich langsam in Richtung zu mehr Nachhaltigkeit. Erwähnt seien schließlich auch Branchencodes wie z. B. im Bereich der Halbleiterindustrie oder das »Responsible Care« Programm in der Chemie.

Es ist zu erwarten, dass sich insbesondere das Wissen über ökologische Parameter der Nachhaltigkeit und die Dringlichkeit, diese zu befolgen, im Laufe der Zeit erweitern wird. In einer extrem dynamischen Welt ist die Nachhaltigkeitsfrage vom Typ eines dynamischen Fließgleichgewichts. Neue Erkenntnisse und Notwendigkeiten haben neue Nachhaltigkeitsanforderungen zur Folge, was sich wiederum in einer entsprechenden Erweiterung des Nachhaltigkeits-Restriktionensystems niederschlagen muss. Dann ist das Vorsichtsprinzip zu beachten.

Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Welt muss damit gerechnet werden, dass die bereits zugespitzte Lage riskante Maßnahmen erfordern wird. Das Vorsichtsprinzip bedeutet in diesem Kontext, dass die gegenwärtigen Probleme nur insofern alleine mit

der Hoffnung auf weiteren technischen Fortschritt angegangen werden können (z. B. neue Energiequellen oder -systeme), als nicht beherrschbare Risiken extrem niedrig gehalten werden können.

Nachhaltigkeit ist grundsätzlich unter Umsetzung der beschriebenen Ansätze operationalisierbar, gegebenenfalls um den Preis eines erheblichen Wohlstandsverlustes. Ob wir dies mehrheitlich bereit sind hinzunehmen oder ob uns dies als Weltgesellschaft gelingen wird, ist eine andere Frage. Hinzu kommt, dass der Operationalisierungsprozess aus vielfachen Gründen alles andere als trivial ist. Dies soll in der Folge anhand zweier drängender Herausforderungen verdeutlicht werden, die beide ein geeignetes System von Leitplanken bzw. Restriktionen erfordern.

### *Weltweite Deckelung der CO<sub>2</sub>-Emissionen*

Es besteht ein weltweiter Konsens darüber, dass das sogenannte 2°C-Ziel mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln erreicht werden soll. Dennoch kommt die internationale Staatengemeinschaft in Bezug auf den Klimaschutz bisher zu keinen nennenswerten gemeinsamen Beschlüssen. Insbesondere vor dem Hintergrund der WBGU-Budgetrestriktion ist es offensichtlich, dass jeder weitere zeitliche Aufschub bei der Absenkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen die Lage massiv verschärft und damit höhere Anforderungen an eine Lösung stellt. Die Situation hat sich mittlerweile derart zugespitzt, dass nur noch ein sehr elaboriertes vertraglich zu vereinbarendes Constraint-System die Chance aufrechterhält, das 2°C-Ziel doch noch zu erreichen:<sup>19</sup> Wichtiger Bestandteil und Hauptrestriktion ist dabei ein »schwaches Cap«, auf das sich die Staaten der Welt gemäß der Cancún-Kopenhagen-Kompromissformel einigen müssten. An dieses Cap sind verschiedene politische Maßnahmen zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen, umfangreiche Aktivitäten des Privatsektors und ein Klimafonds zu koppeln. Über den Klimafonds, der bereits mit einem (Mindest-)Niveau von 100 Mrd. USD vereinbart ist, werden die Nichtindustriestaaten dazu motiviert, sich an einem Weltklimavertrag zu beteiligen. Sie erhalten auf diesem Weg Gelder für

Klimaschutz und damit (indirekt) zur Förderung ihrer ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklung.

Es ist zu erwarten, dass das »schwache Cap« nicht ausreichend niedrig zur Erfüllung der WBGU-Budgetrestriktion und damit zur Erreichung des 2°C-Ziels sein wird und bis 2050 eine Lücke von 600–1000 Mrd. Tonnen gegenüber den noch zulässigen CO<sub>2</sub>-Emissionen bestehen bleiben wird. Ein Teil dieser Lücke könnte ohne Wohlstandsverlust im Norden und mit Wohlstandsperspektive im Süden geschlossen werden (Verhandlungslücke). Die Regierungen der Welt müssten hierzu Jahr für Jahr ein restriktives dynamisches Cap beschließen, das ein Volumen an CO<sub>2</sub>-Emissionsrechten zur Stilllegung induziert, das von interessierter Seite geschlossen werden könnte. Wenn der private Sektor, also Privatpersonen, Unternehmen und Organisationen, derartige Stilllegungen finanzieren, verwandelt sich das initiale »schwache Cap« in ein sehr viel restriktiveres Cap, das aber immer noch mit einer Wachstumsperspektive kompatibel ist und das damit noch auf politische Akzeptanz stoßen kann. Zugleich können auf diesem Weg die Geldmittel zur Finanzierung der Nord-Süd-Zusammenarbeit im Klimabereich und zur Finanzierung des genannten Klimafonds generiert werden. Die Festlegung des restriktiveren Caps könnte dynamisch in Form einer Orientierung an einem ökonomisch noch tragbaren Stilllegungspreis pro vermiedener Tonne CO<sub>2</sub> erfolgen, damit indirekt in Abhängigkeit von der gesamtwirtschaftlichen Lage, vom aktuellen Energie- und Effizienzniveau des Kapitalstocks etc.

Der darüber hinaus noch zu schließende Teil der 600–1000 Mrd. Tonnen Lücke, der je nach Berechnungsmethode und möglicherweise auftretenden nicht-linearen Effekten im Klimasystem 300–500 Mrd. Tonnen CO<sub>2</sub> ausmacht, muss der Atmosphäre durch die Erzeugung von Negativemissionen wieder entzogen werden (Sequestrierungslücke). Zur Schließung der Sequestrierungslücke eignet sich in besonderer Weise ein Weltaufforst- und Landschaftsrestaurierungsprogramm, das bis 2020 150 Mio. Hektar umfasst und bis 2050 500–1000 Mio. Hektar. Ein solches Pro-

gramm könnte ebenfalls durch den privaten Sektor finanziert werden, der (wie auch bei der Schließung der Verhandlungslücke) durch eine Beteiligung die Möglichkeit hat, sich klimaneutral zu stellen. Dies tun schon heute eine Reihe von Firmen freiwillig im Rahmen ihrer Corporate Social Responsibility Aktivitäten. Ein vergleichbares Programm zum Erhalt bestehender Waldflächen müsste hinzukommen. Durch Abholzung fallen heute jährlich 6 Mrd. Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen an, die zukünftig unbedingt vermieden werden müssen. Zur Ermöglichung des beschriebenen Programms sollte der Begriff der Klimaneutralität auf UN-Ebene geeignet positioniert werden. Entsprechende Ausgaben auf der Unternehmensseite sollten steuerlich als Betriebsausgaben geltend gemacht werden können.

Anhand dieses Beispiels wird deutlich, wie komplex die Regulierungsanforderungen werden können, mit deren Hilfe Nachhaltigkeitsanliegen in Einzelbereichen letztlich umgesetzt werden können. Einfache Lösungen der Art »die Preise werden es richten« sind in der Regel nicht erfolgreich, weil sie oftmals ökologische Anliegen zu Lasten der sozialen Balance durchsetzen. Das erleben wir zur Zeit in Deutschland in Form einer sprunghaften Erhöhung der Stromkosten und den daraus resultierenden Problemen für sozial schwache Mieter. So wurde in Deutschland bereits 600.000 Haushalten der Strom abgestellt. Auf diesem Weg werden Arme letztlich an Entfaltung und Zugriff auf Ressourcen gehindert. Das ist gesellschaftlich kaum hinnehmbar. Deshalb müssen im Kontext der Klimafrage in einer Nord-Süd-Partnerschaft die Bereiche Umwelt, Soziales, Steuern, Finanzen und Wirtschaft abgestimmt involviert werden, um mit dem beschriebenen Ansatz die Reduktion der kumulierten CO<sub>2</sub>-Emissionen über 40 Jahre auf ein Niveau unterhalb der WBGU-Budgetrestriktion (noch etwa 650 Mrd. Tonnen bis 2050) zu erreichen.

### *Eine tragfähige Balance der Einkommensverteilung*

Es ist heute Allgemeingut, dass neben der Kennzahl BIP pro Kopf auch die Verteilung der Einkommen eine zentrale Rolle für den

Zustand der jeweiligen Gesellschaft spielt. Zumindest für den Bereich der OECD-Staaten und die dort anzutreffenden Ausgleichsniveaus ist klar, dass das vorherrschende Ausgleichsniveau der Einkommen wichtiger für das Wohlergehen der Gesellschaft ist als die Höhe des BIPs pro Kopf. Untersuchungen zeigen, dass bei den 20 % Beziehern der höchsten Einkommen maximal 35–50 % des Gesamteinkommens allokiert sein sollten, bei den 80 % der niedrigeren Einkommen komplementär dazu wenigstens 50–65 % (sogenannte efficient inequality range). Interessanterweise wirkt sich innerhalb des beschriebenen Spektrums eine höhere Balance auch auf eine Vielzahl weiterer sozialer Parameter positiv aus.<sup>20</sup> Im sozialen Bereich ist also die Konzentration auf einen Parameter zur Beschreibung der Einkommensverteilung, wie z. B. die 80/20-Relation, ratsam. Er adressiert in sich einen wichtigen Aspekt der Nachhaltigkeit und indirekt viele weitere Größen wie z. B. die Lebenserwartung, die schulischen Leistungen oder das Ausmaß an Kriminalität. Die Balance der Einkommensverteilung ist nicht nur aus sozialer, sondern auch aus ökonomischer Perspektive von großer Bedeutung. So sind Wechselwirkungen zwischen Einkommensverteilung und Wachstum sowie Einkommensverteilung und Wohlstand unbestritten. Es liegt dabei auf der Hand, dass die Verteilungsfrage in bestimmten Bereichen durch diametral verschiedene Interessen geprägt ist.<sup>21</sup>

#### *Neuere wissenschaftliche Einsichten zum Thema*

Die hier diskutierten Themen haben in den letzten Jahren verstärkte Aufmerksamkeit in der Wissenschaft wie in der öffentlichen Debatte gefunden. Nicht nur in den Arbeiten der Autoren oder in dem schon erwähnten Text von Wilkinson-Pickett, sondern mittlerweile auch auf Ebene der OECD und ganz besonders gefördert durch den aktuellen Bestseller von Thomas Piketty »Capital in the Twenty-First Century«. Piketty beschäftigt sich mit der Einkommens- wie der Vermögensverteilung und Vermögenskonzentrationstendenzen, die in Richtung einer neofeudalen Struktur weisen. Die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg wäre

dann ein Sonderfall. Die enormen Wertevernichtungen im Krieg, das große Wachstum in der Aufbausituation, die klare Politik der gemeinsamen Bewältigung der Herausforderungen über den induzierten Wachstumsprozess als Teil des Wiederaufbaus nach dem Krieg waren der Herausbildung eines Mittelstandes sehr förderlich.

Genau dieses Ergebnis ist aber aktuell in Gefahr. Wenn sich die Eigentumskonzentration weiter in Richtung einer Situation fortsetzt, in der 10 %, eher sogar 1 % der Bevölkerung im Wesentlichen die Vermögen kontrolliert, dann sind alleine die Renditen auf diese Vermögen und der daraus resultierende Einkommensanteil der 10 % bzw. der 1 % so hoch, dass eine vernünftige »produktive« Verteilung der Vermögen (und der Einkommen) nicht mehr möglich ist. Die beschriebenen Tendenzen verstärken sich bei niedrigen Wachstumsraten, die sich insbesondere auch dann ergeben, wenn das Bevölkerungswachstum zurückgeht. Denn der Teil des Wirtschaftswachstums, der indirekt eine Folge des Bevölkerungswachstums ist, hat in der Vergangenheit immer einen wesentlichen Teil des Wachstums ausgemacht. Eine solche Situation ergibt sich auch in einem Szenario der Verlangsamung des Wachstums in einer neo-feudalen Zukunft, d.h. im Umfeld des sogenannten Brasilianisierungsfalls als möglichem Weg in die Zukunft.<sup>22 23 24</sup> In diesem Fall unterbleiben die nötigen Innovationen in neue grüne Technologien. Zugleich wird zu Lasten des sozialen Ausgleichs die – bei gegebener Technologie – zu geringe Menge an kritischen Ressourcen, z.B. Energie, zu Gunsten von wenigen Prozent der Bevölkerung verteilt werden.

In diesem Fall ist dann der überhöhte Preis für Ressourcen der Grund für die relative Verarmung. Was ein anderer Mechanismus mit dem gleichen Effekt ist. Sowohl aus Sicht der Einkommenseite, wie aus Sicht der Technologieentwicklung und Innovation ist deshalb ein technologieinduziertes Wachstum unter Bedingungen eines Total Decoupling auf der Ressourcenseite Voraussetzung einer gedeihlichen Zukunft. Diese Thematik wird im Moment vertieft in den Arbeiten des Club of Rome erörtert. Hin-

zukommen müssen u. U. neue Herangehensweisen zur Verteilung von Arbeit oder möglicherweise auch innovative Ansätze der Versorgung von Menschen mit Einkommen, unabhängig von Arbeit im traditionellen Verständnis, weil extrem wirkungsvolle Innovationsprozesse im Bereich von Big Data und technischer Intelligenz heute erstmalig eine Gefahr am Horizont auftauchen lassen, dass große Segmente anspruchsvoller Beschäftigungen in der Zukunft nicht mehr zur Verfügung stehen werden.<sup>25</sup>

### *Balance der Einkommensverteilung in weltweiter Perspektive*

Die Verteilungssituation der Einkommen ist in vielen sich entwickelnden Staaten deutlich schlechter als in den OECD-Ländern. Die 20 % höchsten Einkommen akkumulieren dort bis zu 65 % und mehr des Gesamteinkommens. Für die ganze Welt sind es sogar fast 80 % (Globale Apartheid). Solche Verhältnisse sind unerträglich und nur deshalb möglich, weil die Welt als Ganzes keine Demokratie ist.

Ein Teil der Menschen lebt mittlerweile in einer Art »ökonomischer Sklaverei«. Eine marktfundamentalistische Propaganda versucht zu vermitteln, dass dies so in Ordnung sei, dass die Ökonomie nur so funktionieren kann und dass so irgendwann die Armut überwunden werden wird. In den USA gibt es in mehreren Bundesstaaten Bemühungen, die Arbeit von Gewerkschaften signifikant zu erschweren und sie im öffentlichen Sektor ganz zu verbieten. Dieses Vorgehen ist in den Kontext des Umgangs mit der Schuldenkrise zu setzen, in der ohnehin bereits in der Folge einer unzureichenden Regulierung der Weltfinanzmärkte massiv von unten nach oben umverteilt wurde.

Dem stehen ausgehandelte Verträge, die Menschenrechte konkretisieren, gegenüber. Nach der Universellen Erklärung der Menschenrechte hat jeder Mensch das Recht auf einen adäquaten Lebensstandard für sich und seine Familie. Der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte präzisiert dies gerade in Hinblick auf u. a. Arbeitsbedingungen, Entlohnung und soziale Sicherheit. Worte und Verträge einerseits sowie kon-

kreter Handeln und politisches Entscheiden in der Realität stehen also oft in krassem Widerspruch zueinander.

### *Weltpolitische Ansätze für mehr Balance*

Die Weltgemeinschaft ist in der Pflicht, gemäß der entsprechenden, von der weit überwiegenden Mehrheit der Staaten der Welt unterzeichneten UN-Charta und der im Europarat gesetzlich verankerten Bestimmungen, dafür Sorge zu tragen, dass die Menschenrechte für alle Menschen durchgesetzt werden und alle Menschen in Würde leben können. Mahatma Gandhi hat einmal gesagt, dass Hunger der größte Terror ist. Die Überwindung von Hunger bedeutet in einer Welt, die aus vielerlei Gründen das ökonomische System entfesselt hat, dass für alle Menschen eine adäquate Kaufkraft zu sichern ist. Das aktuelle System ist über internationale Verträge organisiert, z. B. über die Welthandelsorganisation (WTO). Diese Verträge können in der Regel nur im Konsens geändert werden und sind durch erhebliche militärische Machtmittel zur Durchsetzung von Eigentumsrechten abgesichert.

Im Weiteren werden nur mögliche Änderungen der Verhältnisse im bestehenden rechtlichen Rahmen thematisiert. So könnte exemplarisch an folgenden Stellen angesetzt werden:

- In der entwickelten Welt könnte, wo erforderlich, mit einer geeigneten Kombination aus Mindestlöhnen bei Arbeitspositionen, die nicht in internationaler Konkurrenz stehen, und Kombilöhnen bei Arbeitspositionen, die in internationaler Konkurrenz stehen, auf auskömmliche Löhne und eine besser balancierte Einkommensverteilung hingearbeitet werden. Wenn dies nicht reicht, um alle Menschen mit auskömmlicher Arbeit zu versorgen, bedarf es staatlicher Programme oder einer fördernden Sozialpolitik, alternativ einer großzügigen Sozialpolitik. Ziel ist dabei die zunehmende Durchsetzung auskömmlicher Löhne bzw. einer adäquaten Sozialausstattung weltweit, auch über eine Stärkung der Gewerkschaften. Mit zunehmend höheren Löh-

nen, auch in den ärmeren Ländern, wird das Thema Kombilohn an Bedeutung verlieren.

- In den sich entwickelnden Ländern ist die Situation naturgemäß schwieriger. Für hunderte Millionen Menschen ist Subsistenzlandwirtschaft der Ausgangspunkt. Deshalb ist eine höhere Wertschöpfung in der Subsistenzwirtschaft ein wichtiger Ansatz, auch gemäß der Aussagen des jüngsten Weltagrarberichts IAASTD (International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development) von UN und Weltbank. Erwähnenswert sind die beiden folgenden Leuchtturm-Projekte: das indische Vollbeschäftigungsprogramm MGNREGA und das »Bolsa Família« Programm in Brasilien.

Es ist eine besonders hervorzuhebende Leistung der indischen Demokratie, dass sie in den letzten Jahren das indische Vollbeschäftigungsprogramm MGNREGA auf dem Land durchgesetzt hat. Jeder Bürger, der zur Arbeit bereit ist, hat einen Rechtsanspruch darauf, in wenigen Kilometern Entfernung von zu Hause im Minimum hundert Tage pro Jahr Arbeit in öffentlichen Infrastruktur- und z.B. Aufforstprojekten zu finden. Diese Projekte fördern als solche den Wohlstand des Landes und garantieren den so Beschäftigten zugleich einen Mindestlohn. Die Umsetzung des Programms ist schwierig. Korruption erschwert vieles. Dennoch wurden große Fortschritte erzielt. Die indische Regierung ist heute der größte Arbeitgeber der Welt. Dass »Lohnhaie« dieses Programm trotz seiner insgesamt niedrigen Honorierung ablehnen, überrascht nicht. In Brasilien hat der damalige Präsident Lula das »Bolsa Família« Programm etabliert. Es ist ein Nahrungspaket für marginalisierte Familien unter der Bedingung, dass die Kinder in die Schule geschickt werden und an Impfprogrammen teilnehmen. Präsident Lula hat damit die soziale Balance in Brasilien signifikant verbessert.

Die hier beschriebenen Maßnahmen sind unter den heutigen, weltweit bestehenden Vertragsbedingungen für die Märkte umsetzbar. Es gibt auch eine Brücke zu den bei der ILO (Internatio-

nal Labour Organization) getroffenen Regelungen zum Thema. Ferner finden sich adäquate Positionen und Verhaltensregeln in der ISO 26000 und im SA8000 Standard. Es gilt, diese Normen auch unter CSR Aspekten stärker umzusetzen, auch im Rahmen globaler Wertschöpfungsketten. Ihre weltweite Verbreitung könnte dazu beitragen, allen Menschen auf diesem Globus zunächst bescheidene, auf Dauer hoffentlich auskömmliche Beschäftigungsverhältnisse anzubieten. Zugleich werden Geschäftsmodelle eliminiert, die auf marginalisierten, nicht auskömmlichen Beschäftigungsverhältnissen beruhen.

Derartige Geschäftsmodelle sollten in unserer Welt keinen Platz haben. Einerseits, weil sie unter Fairnessaspekten und Fragen der Leistungsgerechtigkeit der Verteilungsverhältnisse inakzeptabel sind. Andererseits sollte dann, wenn die Wirtschaft zu einer auskömmlichen Entlohnung von Menschen nicht in der Lage ist, sie auch nicht den Zugriff auf das entsprechende Potenzial an menschlicher Arbeit und menschlichem Gestaltungswillen haben. Dieses Potenzial sollte eher die öffentliche Seite nutzen können, z. B. im Infrastrukturbereich und im Zuwendungsbereich. Sollte dies im Einzelfall nicht voll umsetzbar sein, bleibt als Rückfallposition insbesondere in armen Ländern eine weltweit garantierte World Minimum Allowance von z. B. 2 USD pro Tag, wie sie die Organisation Fair Observer vorschlägt und argumentativ vertritt.<sup>26</sup> Dieses Konzept fällt in einen weiter gespannten Rahmen von »Wohlstand für alle« oder auch fairer Teilhabe oder auch einem »bedingungslosen Grundeinkommen«, der über reine Markteinkommen hinausgeht.

Soziale Balance und damit eine Verankerung der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit im Rahmen eines umfassenden Nachhaltigkeitsverständnisses ist möglich. Reiche Länder sollten sich entwickelnde Länder im Besonderen durch Co-Finanzierung entsprechender Arbeitsplatzgarantie- und Ressourcenschutzprogramme fördern. Die Besteuerung von Weltgemeingütern als Finanzierungsbasis für derartige Programme scheint ein gangbarer Weg zu sein.

### *Fundamentalidentität*

Mit dem Begriff der nachhaltigen Marktwirtschaft, der eine Kombinierbarkeit der beiden großen Konzepte der Nachhaltigkeit und des Marktes bedeutet, ist die Frage aufzuwerfen, ob die gleichzeitige Umsetzung beider Leitkonzepte prinzipiell realisierbar ist. Die heutige Welt ist weit davon entfernt, nachhaltig organisiert zu sein. Unter den Vertretern der Unternehmen und der Zivilgesellschaft findet man auch solche, die Zweifel daran haben, ob die Gleichzeitigkeit beider Konzepte möglich ist. Noch mehr Zweifel besteht darüber, ob es zudem Wachstum (in der heutigen Definition) geben kann. Wären die geäußerten Zweifel tatsächlich gerechtfertigt, so würde dies wahrscheinlich eine Katastrophe für die menschliche Zivilisation bedeuten. Denn die beiden auf der UN-Konferenz von Rio beschlossenen parallel zu verfolgenden Ziele des globalen Schutzes der Umwelt einerseits und der wirtschaftlichen Entwicklung der nichtentwickelten Staaten der Welt andererseits müssten damit als »Paket« aufgegeben werden. Man müsste sich entscheiden für das Ziel, ein hohes Wohlstandsniveau für alle anzustreben, was aber die unwiderrufliche Zerstörung der Umwelt zur Folge hätte, oder für ein weitaus niedrigeres Wohlstandsniveau, das aber mit Nachhaltigkeit kompatibel wäre. Das Ziel müsste dann darin bestehen, ein niedrigeres Wohlstandsniveau als politisch akzeptabel oder als aus anderen Gründen doch wünschenswert oder vorteilhaft zu positionieren.<sup>27</sup>

Ein erfolgversprechender Ansatz, mit dem eine Kombination beider Konzepte gelingen kann, ist das etwa 35 Jahre alte Konzept einer Ökosozialen Marktwirtschaft, die – um erfolgreich zu sein – eine weltweite Implementierung ohne »Schlupflöcher« erfahren muss. In der Sache entspricht sie in etwa dem Ansatz, der in der angelsächsischen Welt als Green and Inclusive Capitalism bezeichnet wird und mit einer Nachhaltigen Entwicklung kompatibel ist.<sup>28</sup> Richtig umgesetzt ist innerhalb eines solchen Kontextes bei der heutigen Ausgangssituation auch ein mit Nachhaltigkeit kompatibles (positives) Wachstum möglich. Dies wird in der Folge begründet.

Eine Ökosoziale Marktwirtschaft ist dabei eine Operationalisierung der Vorstellung einer nachhaltigen Marktwirtschaft. Sie bedeutet eine Marktwirtschaft, die neben einem Restriktionensystem 1, durch das sie ihre spezifische ökonomische Ausprägung der Hervorbringung von Gütern und Dienstleistungen erhält, unbedingt und prioritär einem Restriktionensystem 2 genügt, das Nachhaltigkeit nicht nur sicherstellt, sondern erzwingt. Der heutige Wohlstand, erweitert um Wohlstandszuwächse in der sich entwickelnden Welt, kann dann aufrechterhalten werden, wenn es gelingt, trotz der zusätzlich durch das Ziel der Nachhaltigkeit erzwungenen Beschränkungen, die durch das Restriktionensystem 2 entstehen, das heutige (monetarisierte) Niveau der Produktion an Gütern und Dienstleistungen in der entwickelten Welt zumindest aufrechtzuerhalten und dieses in den Nichtindustrieländern über die nächsten Jahrzehnte substantiell zu erhöhen. Einem BIP-artigen Begriff kommt dabei weiterhin eine wichtige Rolle bei der Beurteilung der Entwicklung zu. Eine solche Entwicklung ist aus heutiger Sicht noch möglich und letztlich erforderlich, wenn eine zukunftsfähige Welt in friedlicher Kooperation mit etwa 10 Mrd. Menschen ab 2050 gelingen soll.<sup>29</sup> Die Ressourceneffizienz muss sich dabei durch technisch-organisatorischen Fortschritt massiv verbessern, dies entspricht einer Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch (total decoupling), einem zentralen Anliegen des Club of Rome seit 35 Jahren. Der Charakter des Wohlstands muss dazu deutlich von einer Ressourcenorientierung zu einer Dienstleistungsorientierung wechseln und bestimmte Suffizienzerfordernisse müssen sich über die Restriktionen materialisieren. Eine Zielerreichung wird jedoch zunehmend schwieriger (s. 2°C-Ziel). Jedes Jahr verschlechtern sich die Erfolgsaussichten und erhöht sich das Risiko eines unvermeidlichen Wohlstandsverlusts, je länger man einen entsprechenden forcierten Umbau der Gesellschaft verzögert. Dies wurde zuvor anhand des Beispiels der CO<sub>2</sub>-Emissionen verdeutlicht.

Die angestellten Überlegungen münden letztlich in der sogenannten Fundamentalidentität

**Marktwirtschaft + Nachhaltigkeit = Ökosoziale Marktwirtschaft (bzw. Wohlstand),**

die letztlich logisch zwingend ist.<sup>30 31</sup>

*Grünes BIP – grüne Wirtschaftsleistung – grünes Wachstum*

Jeder Markt, der das beschriebene Restriktionensystem 2 erfüllt, ist nachhaltig. Dies ist völlig unabhängig vom BIP-Begriff, der die Hervorbringung von Gütern und Dienstleistungen unter Beachtung des Restriktionensystems 1 quantifiziert. Dem Restriktionensystem des Marktes wird zusätzlich das prioritär einzuhaltende Restriktionensystem der Nachhaltigkeit auferlegt, das diese erzwingt. Es ist zu erwarten, dass dies (zunächst) massiv zu Lasten des möglichen Umfangs an hergestellten Gütern geht. Dienstleistungen, die sich im Wesentlichen durch Dematerialisierung auszeichnen, sind eher weniger betroffen. Damit geht auch die Möglichkeit eines negativen Wachstums, also eines Rückgangs der Summe aller erbrachten und monetarisierten Güter und Dienstleistungen, einher, insbesondere zu dem Zeitpunkt, ab dem eine strikte Einhaltung der Nachhaltigkeitsrestriktionen erfolgt. Wird ohne langen Anpassungsweg systemisch von heute auf morgen im Rahmen der Nachhaltigkeitsrestriktionen operiert, so sollte man realistischerweise zunächst einen massiven Wohlstandsverlust und damit ein negatives Wachstum erwarten. Die Entscheidung über einen solchen Weg obliegt der Gesellschaft. Wahrscheinlich ist ein solcher Weg politisch nicht zustimmungsfähig, außer im Kontext einer Katastrophe. Für alle anderen Fälle wird man einen schrittweisen Ansatz wählen.

Erfreulich wäre es, wenn zukünftig bei voller Beachtung der Restriktionen der Nachhaltigkeit ein positives Wachstum erzielt würde. Hierzu ist eine massive Steigerung der Ressourceneffizienz notwendig. Zu erwarten ist jedoch, dass das Wachstum zunächst geringer wäre als wenn es die Restriktionen nicht gäbe. Dies ist eine Folge davon, dass »Plünderung« zu Lasten des Bestandes dann verboten ist. Dem langsameren Wachstum steht

dann aber die langfristige Aufrechterhaltbarkeit dieses Zustands gegenüber. Weitere »Plünderungen« würden die Menschheit über kurz oder lang in eine neofeudale Struktur oder einen ökologischen Kollaps führen.<sup>32</sup>

Sind die Restriktionen der Nachhaltigkeit berücksichtigt, so induziert jede Ausprägung des BIPs, ob in positiver oder in negativer Entwicklung, ein grünes und inklusives, mit Nachhaltigkeit kompatibles Wachstum. Diesen Zusammenhang reflektiert die zuvor beschriebene Fundamentalidentität. Es ist zu erwarten, dass die operative Einhaltung der Restriktionen enorm schwierig sein wird, da diese im Kontext globaler Marktprozesse sichergestellt werden müssten. Ohne eine entsprechende Governance in weltweiter Ausprägung wird die Einhaltung der beschriebenen Restriktionen, die für eine nachhaltige Entwicklung unerlässlich sind, kaum gelingen.

*Grünes und inklusives Wachstum für weltweiten Wohlstand ist noch möglich*

Die bisherigen Erörterungen machen deutlich, dass grünes und inklusives Wachstum immer möglich ist, allerdings negativ sein kann. Dass die Wachstumsraten im positiven Fall kontinuierlich fallen werden, ist in einer endlichen Welt anzunehmen, schließt aber einen konstanten absoluten Zuwachs und bei (potenziell) sinkender Weltbevölkerung sogar eine relative Zunahme pro Jahr nicht aus.

Warum kann eine Aussage vertreten werden, dass eine Wohlstandsperspektive auf dem Niveau der Industrieländer für 10 Mrd. Menschen im Jahr 2050 noch möglich erscheint? Basis hierfür bilden die EU-geförderten Forschungsvorhaben Asis und Terra 2000, die etwa 10 Jahre zurückliegen und im Kontext des Information Society Forum der EU bearbeitet wurden.<sup>33</sup> Sie zielen auf technologische Durchbrüche bei massiv verbesserter Global Governance und erheblicher Dematerialisierung, d.h. einer Erhöhung der Ressourcenproduktivität, wie sie u. a. von Seiten des Club of Rome unter den Begriffen Faktor 5 und Faktor 10 seit Jahren thematisiert wird.<sup>34</sup>

Die Vermeidung des Rebound-Effekts ist dabei ein zentrales Thema.<sup>35</sup> Genutzt wird das asymmetrische Wachstumspotenzial bei sich entwickelnden Ländern im Verhältnis zu entwickelten Ländern (Leap-frogging). Über 70 Jahre führt die Kombination mittlerer Wachstumsraten von etwa 1,5 % in den Industrieländern und etwa 7 % in den Nichtindustrieländern zu einer durchschnittlichen weltweiten Wachstumsrate von etwa 4 %, in einer Welt von dann etwa 10 Mrd. Menschen. Der wesentliche Bevölkerungszuwachs erfolgt in den Nichtindustrieländern. Die resultierende soziale Balance ist mit Nachhaltigkeit kompatibel und entspricht etwa der heutigen Situation in der EU. Die Armut ist dann überwunden, die Potenziale aller Menschen sind entwickelt, die Rechte der Frauen und Minderheiten in Breite durchgesetzt. In dieser Konstellation beginnt die Weltbevölkerung ab etwa 2050 zu sinken. Dies wird die Situation hinsichtlich der Nachhaltigkeit eindeutig verbessern. Die Innovationsprozesse beginnen sich aufgrund der erreichten Wohlstandsbalance zu verlangsamen (Wiederentdeckung der Langsamkeit). Der Schutz der Umwelt und der Ressourcenbasis ist mit dieser Perspektive kompatibel, sie wird dadurch geradezu befruchtet. Dies gilt auch für die Erreichung des 2°C-Ziels inkl. einer Reduktion der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen im Steady State auf etwa 12 Mrd. Tonnen CO<sub>2</sub> ab 2050 (vgl. die zuvor gegebenen Hinweise).

### *Auf dem Weg zur Nachhaltigkeit*

Die Ausgangssituation heute ist, dass die Gesellschaft nicht nachhaltig ist, sich aber vornimmt, es zu werden, ohne Wohlstandsverluste in Kauf nehmen zu müssen. Dies muss die Politik gewährleisten, wenn sie konsensfähig und damit handlungsfähig bleiben möchte. Es gilt, für diese Herausforderung zu intelligenten Lösungen zu kommen. Die entscheidenden Größen der Erfolgsmessung sind:

- Aktuelle Systemleistung, heute gemessen als BIP
- Aktuelle Entfernung zum Zustand der Nachhaltigkeit

Man wird in der Verfolgung des Ziels einer nachhaltigen Welt versuchen, die Entfernung zum Zustand der Nachhaltigkeit Jahr für Jahr zu verringern. Hierzu müsste der Grad der Einhaltung des Restriktionensystems 2 im Zeitverlauf verfolgt werden. Dieser Prozess wird mehrere Jahrzehnte andauern. Dies wurde für die wichtigen Parameter der CO<sub>2</sub>-Emissionen sowie der Einkommensverteilung angedeutet. Der jährliche Verbesserungsfaktor wird dabei zu einer weiteren Restriktion auf dem Weg der Nachhaltigkeit. Wie zuvor angedeutet geschieht die Annäherung an den Zustand der Nachhaltigkeit zu Lasten der Systemleistung, wenn nicht wesentliche Innovationen neue Möglichkeiten der dematerialisierten und energiearmen Wertschöpfung zu erschließen erlauben. Erst wenn der Zustand der Nachhaltigkeit erreicht ist, kann die Systemleistung wieder zur dominierenden Kennzahl werden und die Anstrengungen können – so dies dann noch der Mentalität der Menschen entspricht – darauf gerichtet werden, diese zu steigern.

## Anmerkungen

- 1 Der Text basiert in großen Teilen auf einem Beitrag der Autoren in: Dobersalske, K.; Seeger, N.; Willing, H. (Hrsg.): Verantwortliches Wirtschaften – Nachhaltigkeit in der Betriebswirtschaftslehre, Baden-Baden 2014. Ihr Beitrag entstand auf Grundlage der Publikation »Ökosoziale Marktwirtschaft: Wirtschaften unter Constraints der Nachhaltigkeit« von E. Herlyn und F. J. Radermacher in: Rogall, H. (Hrsg.): Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie, Marburg 2012 sowie den Grundpositionen des Projekts »Hochschultage Ökosoziale Marktwirtschaft und Nachhaltigkeit« ([www.hochschultage.org](http://www.hochschultage.org)) und dem Positionspapier »Zur sozialen Dimension von Nachhaltigkeit: Balancierte Einkommensverteilungen, auskömmliche Löhne und Überwindung von Hunger und Not als Schlüsselthemen« des Wiss. Beirats des Ökosozialen Forum Deutschland, 2012. Die Autoren waren in die Erstellung beider letztgenannter Quellen ebenfalls wesentlich eingebunden.
- 2 Vgl. Samuelson, P. A. (2004): Where Ricardo and Mills rebut and confirm arguments of mainstream economists supporting globalization, in: Journal of Economic Perspectives 18, S. 135–146.
- 3 Vgl. Schumpeter, J. A. (1912): Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin.
- 4 Vgl. Gore, A. (2013): The Future – Six Drivers of Global Change, New York und Stiglitz, J. (2012): Der Preis der Ungleichheit: Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht, München.
- 5 Vgl. Held, D. (2007): Soziale Demokratie im globalen Zeitalter, Frankfurt.
- 6 Vgl. Weizsäcker, C. F.; Picht, G. (1964): Bedingungen des Friedens, Göttingen.
- 7 Vgl. Kay, J. (2004): The truth about markets. Why some nations are rich but remain poor, London.
- 8 Vgl. Enquête-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft« (2013): Abschlussbericht, im Internet unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/133/1713300.pdf> und Wahl, S.; Schulte, M.; Butzmann, E. (2011): Das Wohlstandsquintett – Zur Messung des Wohlstands in Deutschland und anderen früh industrialisierten Ländern. Denkwerk Zukunft – Stiftung kulturelle Erneuerung (Hrsg.), Bonn.

- 9 Vgl. Herlyn, E. (2012): Einkommensverteilungsbasierte Präferenz- und Koalitionsanalysen auf der Basis selbstähnlicher Equity-Lorenzkurven – Ein Beitrag zu Quantifizierung sozialer Nachhaltigkeit, Wiesbaden.
- 10 Vgl. Heitmeyer, W. (2011): Die rohe Bürgerlichkeit, in: DIE ZEIT Nr. 39.
- 11 Vgl. Gore, A. (2013): The Future – Six Drivers of Global Change, New York und Stiglitz, J. (2012): Der Preis der Ungleichheit: Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht, München.
- 12 Vgl. Piketty, T. (2013): Capital in the Twenty-First Century, Harvard; Zucman, G. (2014): Steueroasen: Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird, Berlin.
- 13 Vgl. Solte, D. (2007): Weltfinanzsystem am Limit: Einblicke in den heiligen Gral der Globalisierung, Berlin.
- 14 Vgl. OECD (2013): Addressing Base Erosion and Profit Shifting, im Internet unter: <http://www.oecd.org/ctp/beps.htm> (10. April 2014).
- 15 Vgl. Wackernagel, M.; Beyers, B. (2010): Der Ecological Footprint. Die Welt neu vermessen, Hamburg.
- 16 Vgl. Rockström, J. (2010): Planetary Boundaries, in: Nature.
- 17 Vgl. World Business Council for Sustainable Development (2010): Vision 2050 – Die neue Agenda für Unternehmen.
- 18 Vgl. OECD (2013): How's Life? 2013 – Measuring Well-Being, im Internet unter: [http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/economics/how-s-life-2013\\_9789264201392-en#page216](http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/economics/how-s-life-2013_9789264201392-en#page216)
- 19 Vgl. Radermacher, F. J. (2011): Wege zum 2°C-Ziel – Wälder als Joker, in: Politische Ökologie 127; Radermacher, F. J. (2014): Kann das 2°C-Ziel noch erreicht werden? – Ansätze für einen neuen Klimavertrag, FAW/n-Bericht, Ergebnisdokument eines Workshops am IASS Institut in Potsdam im September 2013.
- 20 Vgl. Wilkinson, R.; Pickett, R. (2009): The Spirit Level – Why equality is better for everyone, London.
- 21 Vgl. Pestel, R.; Radermacher, F. J. (2003): Equity Wealth and Growth – Why Market Fundamentalism makes Countries Poor, Manuskript zum EU-Projekt TERRA, Ulm und Herlyn, E. (2012): Einkommensverteilungsbasierte Präferenz- und Koalitionsanalysen auf der Basis selbstähnlicher Equity-Lorenzkurven – Ein Beitrag zu Quantifizierung sozialer Nachhaltigkeit, Wiesbaden.
- 22 Vgl. Radermacher, F. J. (2010): Die Zukunft unserer Welt – Navigieren in schwierigem Gelände, Essen.
- 23 Vgl. Radermacher, F. J.; Beyers, B. (2011): Welt mit Zukunft – Die öko-soziale Perspektive, 2. Aufl., Hamburg.

- 24 Vgl. Radermacher, F. J.; Riegler, J.; Weiger, H. (2011): Ökosoziale Marktwirtschaft – Historie, Programm und Perspektive eines zukunftsfähigen globalen Wirtschaftssystems, München.
- 25 Vgl. Brynjolfsson, E.; McAfee, A. (2012): Race Against the Machine: How the Digital Revolution is Accelerating Innovation, Driving Productivity and Irreversibly Transforming Employment and the Economy, Richmond.
- 26 Vgl. Fair Observer (2012): World Minimum Allowance: \$2 Everyday, im Internet unter: <http://www.fairobserver.com/article/world-minimum-allowance-2-everyday> (14. April 2013).
- 27 Vgl. Miegel, M. (2010): Wohlstand ohne Wachstum, Berlin.
- 28 Vgl. Henry Jackson Initiative (2014): <http://www.inclusivecapitalism.org/>
- 29 Vgl. Radermacher, F. J.; Beyers, B. (2011): Welt mit Zukunft – Die ökosoziale Perspektive, 2. Aufl., Hamburg.
- 30 Vgl. Herlyn, E.; Radermacher, F. J. (2010): Ökosoziale Marktwirtschaft – Ideen, Bezüge, Perspektiven, Interner FAW/n-Bericht, Ulm.
- 31 Vgl. Radermacher, F. J.; Riegler, J.; Weiger, H. (2011): Ökosoziale Marktwirtschaft – Historie, Programm und Perspektive eines zukunftsfähigen globalen Wirtschaftssystems, München.
- 32 Vgl. Radermacher, F. J.; Beyers, B. (2011): Welt mit Zukunft, Hamburg.
- 33 Vgl. Mesarovic, M.; Pestel, R.; Radermacher, F. J. (2003): What Future? Contribution to EU Project TERRA und Radermacher, F. J.; Riegler, J.; Weiger, H. (2011): Ökosoziale Marktwirtschaft – Historie, Programm und Perspektive eines zukunftsfähigen globalen Wirtschaftssystems, München.
- 34 Vgl. Schmidt-Bleek, F. (1998): Das MIPS-Konzept. Weniger Naturverbrauch – mehr Lebensqualität durch Faktor 10, München und Weizsäcker, E. U.; Hargroves, K.; Smith, M. (2010): Faktor Fünf: Die Formel für nachhaltiges Wachstum, München.
- 35 Vgl. Neiryneck, J. (1994): Der göttliche Ingenieur, Renningen.

## Prof. Dr. Estelle L.A. Herlyn

Hochschullehrerin an der FOM (Hochschule für Oekonomie und Management) und zudem freiberuflich für das Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n (FAW/n) in Ulm tätig. Sie studierte Wirtschaftsmathematik an der TU Dortmund und arbeitete zunächst mehrere Jahre in einer Unternehmensberatung sowie verschiedenen internationalen Unternehmen. 2012 absolvierte sie an der RWTH Aachen eine Promotion zu Fragen einer balancierten Einkommensverteilung als entscheidendem Aspekt der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit. Seit 2013 ist sie Mitglied des Vorstands des FÖS (Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft).

## Prof. Dr. Dr. F. J. Radermacher (Dr. h. c.)

Professor für »Datenbanken und Künstliche Intelligenz« an der Universität Ulm, gleichzeitig Vorstand des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n (FAW/n) Ulm, Präsident des Senats der Wirtschaft e. V., Bonn, Vizepräsident des Ökosozialen Forum Europa, Wien, sowie Mitglied des Club of Rome.

Er studierte Mathematik und Wirtschaftswissenschaften (RWTH Aachen, Universität Karlsruhe), Habilitation in Mathematik an der RWTH Aachen 1982. Seine Forschungsschwerpunkte sind u. a. globale Problemstellungen, lernende Organisationen, Umgang mit Risiken, Fragen der Verantwortung von Personen und Systemen, umweltverträgliche Mobilität, nachhaltige Entwicklung, Überbevölkerungsproblematik, Welternährung, Klima und Energie, Regulierung des Weltfinanzsystems.

Ausgezeichnet wurde er u. a. durch den Planetary Consciousness Award des Club of Budapest, den Preis für Zukunftsforschung des Landes Salzburg (Robert-Jungk-Preis), den Karl-Werner-Kieffer-Preis, den »Integrations-Preis« der Apfelbaum Stiftung und den Umweltpreis »Goldener Baum« der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. 2013 Fellow der World Academy of Art & Science (WAAS). Seit 1. Juli 2013 Vorstand der Rotarian Action Group for Population & Development (RFPD). 2013 Verleihung der Ehrendoktorwürde der International Hellenic University, Thessaloniki.

## Schwäbische Gesellschaft e.V. Geschichte und Ziele

Als Robert Bosch und Peter Bruckmann im Jahre 1918 den Beschluss fassten, die »Württembergische Gesellschaft« zu gründen, hatte der letzte deutsche Kaiser gerade abgedankt, und die bürgerliche Gesellschaft ging zum ersten Mal in unserem Lande daran, sich selbst in einem neuen Staatswesen zu organisieren. Beide erkannten damals zu Recht, dass es zur Formulierung und Durchsetzung gemeinsamer, eigenverantworteter Ziele in einem demokratischen Staat des Gesprächs unter Gleichgesinnten, zum Engagement für die Gemeinschaft bereiter Bürger und der vertieften Beschäftigung mit den Grundsatzfragen unseres Volkes bedarf. Ähnliche Motive haben Theodor Heuss und seine politischen Freunde bewegt, als sie die Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg erneuerten und ihr nun den weiter greifenden Namen »Schwäbische Gesellschaft« gaben.

»Die Gesellschaft hat den Zweck, die bewährten Eigenschaften des schwäbischen Wesens: freiheitliche, demokratische Grundeinstellung, soziale Gesinnung und Toleranz auf allen Gebieten der Kultur zu pflegen und im öffentlichen Leben zur Geltung zu bringen. Insbesondere erstrebt sie die Verständigung der Völker auf dem Boden des Rechts und der Menschlichkeit« – so sagt es ihre Satzung. Dabei ist das Wort »schwäbisch« weniger als ein Hinweis auf die ethnischen Wurzeln zu verstehen als vielmehr als Bekenntnis zu gewissen Wertvorstellungen.

Themen aus dem Gebiet der Politik, der Wissenschaft, der Wirtschaft, des kulturellen Lebens, der Kirche und der Medien sollen im Mittelpunkt stehen. Die Vorträge, die Diskussionen im Plenum und das sich anschließende Gespräch der Mitglieder untereinander sollen über Tagesfragen hinaus längerfristige Ziele zu formulieren helfen.

Ihre Mitglieder, die vom Präsidium berufen werden, gehören den verschiedensten Berufen und Parteien an. Sie alle verbindet das Bewusstsein der Mitverantwortung für die Gestaltung unseres Gemeinwesens. »Die Zugehörigkeit zu der Gesellschaft soll unter allen Umständen und für jedermann eine Ehre sein« – so heißt es im Gründungsprotokoll vom 1. November 1918.

Peter Adolff

### **Kontakt**

Schwäbische Gesellschaft e. V.

Dr. Thomas Schnabel

Präsident

Postfach 10 45 61, 70040 Stuttgart

Geschäftsstelle: Uhlandstraße 2, 70182 Stuttgart

Telefon: 0711 / 90 19 670

E-Mail: [schwaebischeges@t-online.de](mailto:schwaebischeges@t-online.de)

### **Präsidium der Schwäbischen Gesellschaft e.V.**

Dr. jur. Peter Adolff, Ehrenpräsident

Dr. Thomas Schnabel, Präsident

Gabriele Müller-Trimbusch, Vizepräsidentin

Klaus Thomas, Schatzmeister

Dr. h. c. Rudolf Böhmler

Peter Boudgoust

Dr. Wolfgang Malchow

Eberhard Stilz